

Auf dem Weg zu einer faireren Stadt

Kulturausschuss folgt Antrag der SPD-Fraktion und empfiehlt, künftig Fair-Trade-Produkte zu beziehen

Zuerst gab es Kaffee, leckere Schokolade und Bananen aus fairem Handel zum Probieren, danach stimmte der Ausschuss für Kultur, Soziales, Sport und Schulen (KUSS) des Gemeinderats einstimmig dafür, dass die Stadtverwaltung künftig solche Produkte bezieht.

SILJA KUMMER

Anstoß für diesen Beschluss war ein Antrag der SPD-Fraktion, der darauf zielt, Heidenheim solle das Siegel „Fair-Trade-Stadt“ anstreben. Dieses wird vom Verein Transfair vergeben und erfordert die Erfüllung von fünf Kriterien. Eines davon ist der Beschluss des Gemeinderats zum Bezug von Fair-Trade-Kaffee, dem gestern vom Ausschuss der Weg geebnet wurde. Zwar liegt der Beschluss letztendlich beim Gesamtgremium des Gemeinderats und muss in der Sitzung vom 31. März getroffen werden, man kann aber davon ausgehen, dass dies auch so kommen wird, da alle Fraktionen ihre Zustimmung signalisiert haben.

Oberbürgermeister Bernhard Ilg lobte das Engagement des Weltladen-Vereins, der sich in Heidenheim seit über 25 Jahren um den Handel mit Produkten bemüht, die unter gerechten Bedingungen aus Entwicklungs- und Schwellenländern bezogen werden. Gleichzeitig erinnerte er die Stadträte auch daran, dass die Stadtverwaltung bisweilen verpflichtet sei, von anderen Hei-



Nicht nur kulinarisch, sondern auch moralisch überzeugend fanden die Stadträte gestern die Verkostung mit den fair gehandelten Produkten des Weltladens. Foto: röp

denheimer Geschäften Waren zu beziehen.

Noch weiter ausdehnen wollte Stadträtin Christa Miola (Grüne) die Diskussion: Sie regte an, auch beim Straßenbau künftig darauf zu achten, dass Material verwen-

det wird, das beispielsweise nicht durch Kinderarbeit hergestellt wurde, oder bei städtischem Blumenschmuck Fair-Trade-Produkte zu verwenden. Auch Norbert Fandrich (Linke) bat um den Einsatz für eine Ver-

wendung von unbelasteten Materialien bei städtischen Baumaßnahmen.

Für Oberbürgermeister Ilg reichten diese Forderungen zu weit: „Wir sind nicht verpflichtet, uns extreme Positionen zu eigen-

zu machen“, sagte er. Eine Verpflichtung für Firmen, nur Material zu verwenden, das nachweislich nicht durch Kinderarbeit hergestellt wurde, hielt er bei städtischen Ausschreibungen nicht für durchsetzbar. „Dann bekommen wir keine Angebote mehr“, fürchtete er. Zudem seien die Herstellungsbedingungen nicht überprüfbar.

Ausgleichend in diesem Disput wirkte die Einlassung von Sabine Bodenmüller (Grüne), die dazu aufforderte, mit dem Beschluss für die Fair-Trade-Produkte nun einen konkreten ersten Schritt zu gehen und nicht über mehrere Dinge gleichzeitig zu debattieren.

Stadtrat Horst Neugart (CDU) sah auch für seine Fraktion einen wichtigen Aspekt in der Unterstützung der sogenannten „Dritten Welt“, wollte aber die weiteren Voraussetzungen für das Siegel als „Fair-Trade-Stadt“ noch einmal genauer genannt bekommen. Dazu zählen die Bildung einer lokalen Steuerungsgruppe, wofür die Stadt organisatorische Begleitung zusagte, die Einbeziehung der Schulen, Vereine und Kirchen sowie die Berichterstattung in den Medien. Außerdem muss die Stadt eine Mindestanzahl von Geschäften und Gaststätten nennen, in denen Fair-Trade-Produkte verkauft oder verwendet werden. Ob diese Bedingungen letztlich erfüllt werden, so der städtische Pressesprecher Wolfgang Heinecker, habe die Stadt nicht in der Hand. Hier sei bürgerschaftliches Engagement gefragt.